

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

28 (2.2.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 28.

Karlsruhe, Freitag den 2. Februar 1906.

26. Jahrgang

Den Brausteuer-Gußhandel des Zentrums

Der Bad. Beobachter zu verteidigen, ja sogar als eine große soziale Tat hinzustellen. Dieser wurden im Brausteuergebiet 4 M. für den Doppelzentner Malz erhoben. Die Regierungsvorlage will nun eine Staffelung der Steuer, je nach der Produktionsfähigkeit der Betriebe einrichten und zwar so, daß als Höchstmaß 12,50 M., als Mindestmaß 7 M. pro Doppelzentner Malz erhoben würden. Das Zentrum aber ließ in der Kommission durch den bayerischen Abgeordneten Engel als Höchstmaß 8 M., als Mindestmaß 4 M. (Schwabenmaß) beantragen, ferner sollen die ganz kleinen Betriebe von jeder Steuererhöhung befreit bleiben. Diese Zentrumsanträge sind von der Kommission in erster Lesung zum Beschluß erhoben worden.

Der Bad. Beobachter verteidigt diesen Gußhandel nun damit, daß die mittleren und kleineren Brauereien selbst diese Staffelung gewünscht hätten; dies soll heißen, daß diese Brauereien dann nicht so sehr Konkurrenz der Großbrauerei zu fürchten hätten. Es ist aber das im Brauwesen investierte Großkapital nicht vollständig in der Hand hätte, durch Aufkauf kapitalstärker Brauereien, durch Verleibung von Wirtschaften jeder Größe, durch Kapitalvermehrung aller technischen Fortschritte — die dem kleineren Kapital um so mehr verlagert bleiben, je häufiger und größerartig die technischen Umwälzungen werden —, durch besten und relativ billigsten Kauf der Rohprodukte — die kleineren Betriebe bestehen vielfach sogar Salzfabrikate — die Ungleichheit der Steuer gegenüber der kleineren Konkurrenz mehr wie weit zu machen.

Wenn man nicht abgesehen von der Steuererhöhung, während ein kräftiger Körper Wind und Wetter trotzt. In Wirklichkeit werden die vom Bad. Beobachter verteidigten Brauereierträge nicht das kleinere Gewerbegeschäft schützen, sondern die Erhöhung der Produktionskosten wird die Konkurrenzfähigkeit des kleineren Brauereierwerbes nicht weniger und den stetig fortschreitenden Aufschwung der Brauindustrie immer deutlicher erkennbar ist, sehr wesentlich beeinträchtigen.

Und damit wird auch die weitere Behauptung des Bad. Beobachters hinlänglich, daß die Staffelung der Großbrauerei verhindern werde, die Steuererhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen. So wie es wirklich nicht möglich dazu gelangen sollten — sie können unter Umständen damit sogar gegen die kleine Konkurrenz manövrieren — werden sie sich nach Herdritt nach Herdritt der Preissteigerung anschließen.

Wie so lange werden sie nicht einmal warten, wenn alle oben schon erwähnten Momente bringen in die Lage, auch auf die Güte des Fabrikats und das Renommee ihrer Marken besonderes Gewicht zu legen und unter Zuhilfenahme von allerlei Reklame ganz geistlos die Preissteigerung anzunehmen. Und das um so mehr, als auch nach der Bad. Beobachter verschweigt — die kleineren Brauereien die sie treffende, wenn auch im Einheitsmaß geringere, Steuererhöhung

erfahrungsgemäß auf die Konsumenten abzuwälzen bemüht sein werden, sei es durch Preiserhöhung, sei es durch allmähliche Veeinträchtigung des Fabrikats. Diese natürlichen Konsequenzen der Zentrums-Steuerpolitik sollten dem Bad. Beobachter, der doch schon längst das Schwabenalter erreicht hat, unbekannt sein? Schwer glaublich — um so weniger, als er noch weitergehend ein Kunststück unternimmt, das dafür spricht, wie freundlich er Kenntnisse und Urteilsfähigkeit seiner Leser einschätzt. Er behauptet, daß gerade wegen der von ihm behaupteten angeblichen Wirkungen der Artikel 6 des Flottengesetzes nicht verletzt sei und die leistungsfähigen Schultern getroffen werden. Warum gibt der Bad. Beobachter seinen Lesern nicht den Text der kritischen Gesetzesstelle? Sie lautet wörtlich:

Insofern von 1901 ab der Mehrbedarf an Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung dem Mehrertrag der Reichsstempelabgabe über die Summe von 53 708 000 M. übersteigt und der Mehrertrag nicht an den sonstigen Einnahmen des Reiches seine Deckung findet, darf letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

Dieser Beschluß ist gerade auf Antrag des Zentrums in das Flottengesetz aufgenommen worden, und das Zentrum brauchte ihn, um seine schmählich getäuften Arbeiterwähler wenigstens etwas beruhigen zu können. Und nun, da es zu jenem Berrat den neuen Verrat fügt, daß es leichtfertig sich über diesen, von ihm veranlaßten Beschluß hinwegsetzt, hat die Zentrumspresse noch die Stirn, von ihren Lesern zu verlangen, sie sollen in der Steuererhöhung des Biers „keine den Massenverbrauch belastende Reichsabgabe“ erblicken.

Der scharfe Freund, den der Bad. Beobachter dem kleineren Gewerbe und den Wählern aufschwänzen sucht, ist gleich ihm selbst ein falscher Freund. Sie sind die falschen Träger, die nur das eine Interesse kennen, im Trüben zu fischen — für Rom.

Allgemeine Finanz-Debatte.

(1. Tag.)

Auf den Ministerbänken haben heute sämtliche Minister Platz genommen. Ueber dem Hause lagert Gemitterschwüle, man weiß, daß heftige politische Auseinandersetzungen bevorstehen. Präsident Nielsen hatte die Sitzung bereits eröffnet, als der Redner über den Staatsvoranschlag noch nicht zur Stelle war. Allgemeine Uebererregung. Einige Zentrumsabgeordnete begaben sich auf die Suche nach dem Abg. Gieseler, der mit einiger Verpötnung unter allgemeiner Heiterkeit in den Saal hereingeklimmt kam. Herr Gieseler ist kein guter und noch weniger ein interessanter Redner. Seine Darlegungen beschränken sich auf den finanziellen Ueberblick über den Staatshaushalt. Herr Gieseler steht im großen und ganzen auf dem Standpunkt der Regierung; er findet die bisherige Finanzpolitik ganz in der Ordnung und ist vor allem ein Feind der „Schuldenmacherei“. Die Erpoesen des Vorgängers des Herrn Gieseler im Präsidium der Budgetkommission waren viel interessanter und geistreicher.

Nach Gieseler ergriff Genosse Eichhorn das Wort zur Begründung der Interpellation über die neuen Reichssteuern. Es fiel unserm Redner nicht schwer, die Ungerechtigkeit dieser neuen

indirekten Reichssteuern nachzuweisen, die in der Hauptsache wieder auf die sogenannten „tragfähigen Schultern“ der minderbemittelten Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Die Antwort der Regierung verlas Finanzminister Weder. Sie ist so nichts sagend wie möglich. Direkte Reichssteuern seien nicht durchführbar, weshalb man wieder zu indirekten Steuern gegriffen habe. Die Phrase von „der dabei beobachteten möglichen Schonung der unteren Volksschichten ist eben nur eine Phrase. Als erster Diskussionsredner kam der Abg. Binz zu Wort. Er sprach ziemlich zwei Stunden lang. Soweit seine Darlegungen sich auf den Staatshaushalt bezogen, waren sie echt nationalliberal, d. h. nicht gehauen und nicht gestochen. Ein bischen Tadel und sehr viel Lob. Interessanter waren die politischen Ausführungen des nationalliberalen Fraktionschefs. Er rechtfertigte das wahlstatistische Bündnis mit der Sozialdemokratie als eine politische Notwendigkeit im Interesse einer freihandelspolitischen Weiterentwicklung unserer heimatischen Politik. Gegen das Zentrum und seine Agitation fand Herr Binz scharfe Worte. Mit solcher Entschiedenheit wurde auf den Vätern der Nationalliberalen schon lange nicht mehr geredet. In Bezug auf die kirchenpolitischen Fragen ist die Haltung der Nationalliberalen so inoffiziell als nur möglich. Das wird ihnen von sozialdemokratischer Seite auch vorgehalten werden. Im übrigen aber polemisierte Herr Binz sehr gut gegen das Zentrum, welches am Montag als erstes seiner Redner den Abg. Feherbach als ersten treffen schickte. Am Schlusse der heutigen Sitzung überraste die Präsident das hohe Haus mit der traurigen Nachricht vom dem Tode des auf allen Seiten hoch geachteten Vizepräsidenten Laud. Derselbe war während der Weihnachtsferien erkrankt und ist heute früh gestorben. Präsident Willems widmete dem Dahingeschiedenen einen sehr herzlichen Nachruf.

Karlsruhe, 1. Febr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der neue Abgeordnete Brodmann ordiniert.

Präsident Willems teilt mit, daß die Fragen, die durch Interpellationen ihre Beantwortung finden, nicht in die heutige Debatte eingeschoben werden sollen.

Abg. Gieseler (Zentr.) weist als Präsident der Budgetkommission darauf hin, daß das vorliegende Budget größtenteils eine Ueberhöhung im Gegensatz zu den früheren aufweise. Bei näherer Betrachtung aber habe der Finanzminister recht, wenn er die Finanzlage eine gespannte nenne; nach Abschluß des Budgets werde der Ueberblick verschwinden sein; leider sei auch der unzulässige Vertriebsfonds und Beträge von 1,6 Millionen, jedoch sich der außerordentliche Etat aufhau auf der Höhe wirtschaftlichen Aufschwunges, der jedenfalls seinen Anfang genommen habe.

Bei der für die nächste Budgetperiode vorgesehenen Gehaltsreduktion sei eine Vereinfachung des Systems anzustreben; diese Reduktion würde eine Mehrausgabe von 3—4 Millionen bedeuten, wobei man auch an eine Revision der Einkommensteuer denken müsse. Heute wie in früheren Jahren spreche er sich gegen Schuldenaufnahme für außerordentliche Ausgaben aus, wobei er an die Eisenbahn und von 118 Millionen erinnere, die in den nächsten Jahren sich steigern werde. Die finanziellen Beziehungen zum Reich brüden stark auf das Landesbudget. Die große Finanzreform müsse endlich durchgeführt werden. Die frühere Uebererregungspolitik in der Ueberweisung an die Einzelstaaten habe zu Ueberhöhen in den Einzelstaaten und zur Schuldenlast des Reichs geführt. Bei der Finanzreform müsse jedenfalls eine große Summe festgelegt werden. Die Erbschaftsteuer sei die einzige, welche bereits die Sympathie aller finde. Redner gibt sodann einen kurzen Ueberblick über das Eisenbahnwesen.

stellte sie auf den offenen Markt des Lebens, wo rücksichtslos der harte Kampf ums Dasein tobt, wo Leid und Mißgunst ihr freudlos Spiel um Menschenleben treiben. Schon manche zarte, schlichter Kunstlerin, die durch ihr Talent berechtigt war, einen hervorragenden Platz einzunehmen, erlag den Schlingen der Schmeichelei, den Kränken und Stacheln, und selbst diejenigen, die sich kraftvoll entgegensetzten, mußten oft fühlen, wie scharfe Dornen der reiche Korberfranz barg, den man ihnen ums Haupt gewunden.

Diese Erfahrungen waren an Wera Petrowna jedoch nicht herangekommen, denn die gediegenen Kenntnisse, die Umsicht und die Welterfahrung des Grafen Baranow hatten sie über alle die zahllosen Klümpen und Fährlichkeiten, an denen das hervorragende Genie scheitern kann, mit festerer kundiger Hand hinweg geleitet. Und jetzt hatte sie die Höhe erreicht, bewundert und mit unerbittlichem Beifall überschüttet von jedermann, der ihre bezaubernde Stimme gehört.

Der Graf hatte Wera in den berühmtesten Konservatorien Europas für die höhere Gesangsart ausgebildet und ihr auch sonst eine vortreffliche Erziehung angedeihen lassen. Die künstlerischen Reime, die die Natur in sie gelegt, entfalteten sich jetzt bald zu den schönsten Blüten. Die Kleine zeigte großen Eifer und Fleiß, begriff sehr gut und schnell und wußte schon im achten Lebensjahre ihren edlen Freund und Schöpfer durch meisterhafte Gesangsvorträge bis zu Tränen zu rühren. Ihre Lehrer bewunderten das kleine Genie und versicherten entzückt, daß sie noch nie eine solche gelehrte und talentvolle Schülerin gehabt und prophezeiten ihr die größte Zukunft.

An dem Grafen hing Wera mit göttlicher Liebe. Sie hegte die Gefühle eines dankbaren Kindes gegen den liebevollen Vater, der sich der großen Verantwortung für das Wohl und Wehe des heranreifenden jungen Menschenkindes voll bewußt, und dieses Gefühl tat Weras Herzen umfomehr wohl, als sie ihren lieblichen Vater nie kennen gelernt. Der alte Herr wiederum suchte und fand in Wera

Abg. Gichhorn (Soz.):

Unsere Interpellation richtet sich gegen die Stellungnahme der badischen Regierung gegenüber den neuen Reichsteuerprojekten, wodurch weite Kreise auch des badischen Volkes aufs allerhöchste geschädigt werden. Seit dem die Vorlagen bekannt geworden sind, hat sich der Bevölkerung in steigendem Maße eine Beunruhigung bemächtigt. Die großen Summen, welche durch die neuen Steuern aufgebracht werden sollen, treffen fast ausnahmslos wieder die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Es ist kaum verständlich, wie die badische Regierung solchen Steuerprojekten ihre Zustimmung geben konnte, wo es doch klar auf der Hand liegt, in welchem großen Umfang badische Interessen dabei zu Schaden kommen. Ich greife zu zunächst die Tabaksteuer heraus, die den Zoll auf ausländischen Tabak um 40 M. pro Doppelzentner und die Inlandssteuer um 17 M. erhöht. Als im Jahre 1879 die Tabaksteuer erhöht wurde, hat die Tabakindustrie sich nur mit Mühe aus der daraus entstandenen Katastrophe gerettet und zwar vornehmlich durch eine Verringerung der Qualität. Eine solche ist aber jetzt nicht mehr möglich. Es geht einfach nicht, auch nur die billigsten Sorten unserer Zigarren aus nur einheimischen Tabak herzustellen. Wir können den ausländischen Tabak gar nicht entbehren. Schon jetzt wird die Lebensmittelpreise jeder Tag höher, wenn der Zolltarif in Kraft getreten ist, wird das in noch viel höherem Maße der Fall sein. Unter solchen Umständen kann die Masse des Volkes nicht auch noch höhere Preise für die Zigarren usw. bezahlen. Die Folgen der höheren Besteuerung des Tabaks werden sich vor allem in einem Rückgang der Produktion, also in großen Arbeiterentlassungen äußern. Geradezu raffiniert ist die Inlandssteuer ausgeklügelt. Indem man den Zoll auf Auslandsstabak sehr beträchtlich, die Inlandssteuern dagegen erheblich geringer erhöhte, glaubte man die Tabakbauern für diese neuen Steuern zu gewinnen. Allein auch die Tabakbauern werden durch diese Steuern schädigt werden, denn durch den zweifachen eintretenden Rückgang der Konsumtion und Produktion wird auch der inländische Tabak im Preise gedrückt. Für absolut ungerecht halte ich die Flächensteuer, die bezahlt werden muß, ob die Ernte gut oder schlecht ist. Ueberhaupt führt die Tabaksteuer zu den größten Ungerechtigkeiten, sie erhöht die Besteuerung allein hinsichtlich des Tabakkonsums auf etwa 2 M. pro Kopf der Bevölkerung.

Die Erhöhung der Biersteuer trifft uns in Baden zwar nicht direkt, aber doch indirekt. Man sagt zwar, Tabak, Bier, Zigarren usw. seien Luxusartikel. Das ist eine absolut unzutreffende Behauptung. Auch in den unteren Schichten des Volkes empfindet man in unserer nervösen Zeit das Bedürfnis nach zeitweiliger Anregung, wie sie durch das Tabakrauchen herbeigeführt wird. Auch die Zigarette ist heute kein Luxusartikel mehr. Der übergroße Prozentsatz aller Zigaretten komme auf die billigsten Sorten. Die Zigarettensteuer ist überhaupt ein Konsum, sie ist steuerrechtlich fast kaum durchführbar. Das tausend Zigaretten würde um 4,80 M. verteuert. Dadurch würde zweifellos ein Produktionsrückgang herbeigeführt, durch den viele Tausende von Arbeiterinnen brotlos würden.

Das Auftret der Fahrkarten- und Duitungssteuer läßt die Mittelstandsfreundlichkeit unserer Regierungen in einem louterbaren Lichte erscheinen. Diese Steuern treffen den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand am allerhöchsten.

eine Entschädigung für seinen einzigen, ungeratenen Sohn, dessen lächerlicher Lebenswandel ihm schon so viel Kummer und Sorgen gemacht. —

Die schwere Pracht des Berliner Opernhäufes strahlte im hellsten Lichterglanz. Der preussische Hof hatte Besuch. Eine endlose Reihe von tausenden Festen, Paraden und Schaustellungen wurden zu Ehren der Gäste veranstaltet. Abends war Festvorstellung.

Die Königl. Loge war von besternten Gästen erfüllt und dort sowohl wie im Publikum herrschte neben der Feststimmung noch große Spannung auf ein heute neu auftretendes Phänomen des Schauspiel und Gesangs, das ein bekannter russischer Graf in dem Steppenlande seiner Heimat entdeckt und für die Bühne gerettet haben sollte — Wera Petrowna, wie auf dem Fettel stand.

Die verschiedenartigsten Gerüchte über den neuen „Stern“ waren im Umlauf.

Sie ist schon in Petersburg mit beispiellosem Erfolg aufgetreten, auch in Rom und Paris. In Italien soll sie der Graf bei den besten Meistern haben ausbilden lassen — so jähelte man im Publikum.

„Ach was, es wird nur wieder solch ein Wunder der Reklame sein, man kennt das,“ warfen einige pessimisten mit geringschätzendem Achselzucken ein. Aber alles sah ihnen Aufstehen mit Spannung und Interesse entgegen.

Es ward der „Sommerstraum“ von Schafare gegeben. Wera spielte und sang die Rolle der Titania.

Sie trat auf.

Eine kleine feine Gestalt, in weissen, mit Silbersternen und kleinen Epheublättern bestreuten Seidenkleide — so trat sie wie eine Erscheinung aus dem Märchenreich vor das erstaunte und entzückte Publikum.

„Ging sie mit Menschenfüßen? — Schwärzte sie nicht wie ein duftdurchwärmter Sommerstraum über den Boden?“

„Wie? Oberon ist hier.“

(Fortsetzung folgt.)

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.

Von Wilhelm Braunsdorf.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

12. Kapitel.

Ein Jahre später. Diese zehn Jahre waren an Wera vorübergefliegen wie Silber Frühlingshauch. Aus dem kleinen Mägdchen in dem schmutzigen Köchen war eine stattliche Dame geworden, der es niemand anmerken konnte, daß sie als sechsähriges Kind weit draussen in der einsamen Steppe wie ein wildes Vögelchen zwischen Wäldern, Haiden und Steppengras gewachsen war.

Wera hat sich zu einer sinnberührenden Schönheit entwickelt. Wenn sie so dastand, die jugendlich weichen Formen von einem kostbaren Seidenstoff umschlossen, ein rundes Sammetbüschchen mit langer Feder auf den Lippen, in reinstem Goldglanz leuchtenden Haarlocken, bot sie einen märchenhaften Anblick. Und welche reizende, ründliche Gesichtszüge, wie und wie die Wimpern, wie die Augen, wie die Brauen, wie die Lippen, wie die Hände, wie die Füße, wie die Natur, diese unbeschriebene Sprache der Götter.

Wie im Sinnenrausch hatte Wera diese zehn Jahre erlebt. Sie konnte sich kaum der Zeit ihrer Jugendzeit erinnern. Das Leben erschien ihr wie ein Traum.

Wohl war der Ruf schon von jeher ein bewegtes Kleinod, dessen oft so trügerischer Glanz manches sonst so klare Auge geblendet und manchen sonst so hellen Kopf verwirrt. Ganz besonders gefährlich ist er zu allen Zeiten gerade den Frauen gemein. Er riß sie heraus aus dem stillen Familienleben, aus dem gewohnten Wirkungskreis und

setzte glänzte sie als Stern erster Größe am Himmel der Kunst. Ihr Name hatte sich schnell über ganz Europa verbreitet.

Wer die Gelegenheit gehabt hatte, die große Künstlerin hören und bewundern zu können, war zunächst geblendet von dem strahlenden Glanz der Klarheit und Reinheit dieser ersten Sopranstimme, die mit ihrem silberhellen Timbre, mit ihrer süßen weichen Fülle sofort unwiderstehlich alle Herzen gefangen nahm. Das Schönste und hinreichendste ist und bleibt ja doch immer der Zauber einer herrlichen Menschenstimme; Stimm und Bewunderung aber treten noch hinzu, wenn diese Gabe im Dienste einer gelehrten Kunstanschauung, eines feinsinnigen Geistes steht und durch eine absolute Beherrschung der gesamten Technik die vollendetste Meisterschaft im Gebrauch dieser Mittel erlangen hat. Und das traf bei Wera voll und ganz zu: die Atembehandlung, der Anschlag des Tones, die leichte Aussprache des Wortes und seine Gefügigkeit für alle, auch die feinsten dynamischen Nuancen waren in ihrem Gesange bis zu einer Sicherheit und Selbstverständlichkeit gediehen, daß der Hörer darüber hinaus zum reinen Empfinden des interpretierten Kunstwerks, zum erhabensten Genuss gelangte. Künstlerische Intelligenz und Temperament fanden bei ihr in gleicher Potenz auf so hoher Stufe, daß die Wirkung ihrer Vorträge notwendig eine faszinierende sein mußte — gleichviel, ob sie dem Oratorium, dem Liede, der Ballade, der Dramatik ihre Kräfte lieh.

Die bedeutendsten Bühnen der europäischen Singschule wetteiferten um die Günst, die jugendliche Sänglerin Wera Petrowna, wie ihr Künstlername lautete, wenigstens einmal „ihrem“ Publikum vorzustellen zu dürfen.

Wohl war der Ruf schon von jeher ein bewegtes Kleinod, dessen oft so trügerischer Glanz manches sonst so klare Auge geblendet und manchen sonst so hellen Kopf verwirrt. Ganz besonders gefährlich ist er zu allen Zeiten gerade den Frauen gemein. Er riß sie heraus aus dem stillen Familienleben, aus dem gewohnten Wirkungskreis und

Man hat stolz erklärt, diesmal wolle man die schwächeren Schultern schonen. Und was hat man uns belüchelt? Na, bedauere eine solche Steuererhebung nicht so charakteristischer zu können, wie ich es gerne möchte, da ich sonst mit dem Herrn Präsidenten in Konflikt käme. (Geister!) Auch die Fahrkartensteuer hat die badische Regierung abgelehnt, obwohl sie doch wissen mußte, daß die Bestrebungen der badischen Volksvertretung seit Jahren direkt entgegengekehrt sind. Die Tendenz dieser finanziellen Steuern ist eine durch und durch reaktionäre. Auch die Fahrkartensteuer belastet im wesentlichen die untersten Volksschichten. An Einnahmen sind vorgelesen für die 1. Klasse 807 000 Mark, für die 2. Klasse 5 706 000 Mark, für die 3. Klasse 6 371 000 Mark, für die 4. Klasse 971 000 Mark. Also, die Reisenden der 3. und 4. Klasse müssen auch hier das Gros der Einnahmen liefern. Diesen indirekten Steuern ist als direkte die sogenannte Erbschaftsteuer beigefügt. Aber diese Erbschaftsteuer ist eigentlich gar keine solche, sie ist vor allem stark agrarisch gefärbt. Der weitaus größte Teil der Erbschaften fällt nicht unter die Steuern. Warum hat man nicht eine Erbschaftsteuer nach dem englischen Muster eingeführt? Die Reichsfinanzreform steht nun schon seit einer Reihe von Jahren auf der Tagesordnung. Unsere konstante Schuldenwirtschaft zwingt uns zur Reform der Finanzgebahrung. Aber woher stammt denn diese Schuldenwirtschaft? Der Militarismus, Marinismus mit ihren von Jahr zu Jahr wachsenden Anforderungen sind die Ursache. Wir stehen diesem System absolut ablehnend gegenüber. Im militärischen Betrieb könnten sehr viele Millionen gespart werden, wenn man sich den durchaus überflüssigen Firleisungen und für die unnütigen Paradezüge nicht so viel verschwenden würde. Zu was denn diese fortgesetzten Rüstungen? Wir haben keinen Krieg zu befürchten. Rußland ist froh, wenn es in Ruhe gelassen wird, Frankreich ist friedliebend und denkt nicht daran, uns anzugreifen. Wenn wir nicht überall die Nase hineinstecken und durch den Großmachtsgeist andere Nationen reizen, so kommt schließlich zu einem Krieg. Die Gefahr liegt nur bei unserer auswärtigen Politik. Die anderen Nationen lassen sich nicht so ohne weiteres immer von uns in den Topf hineingucken. Es wäre Ende der Bundesregierung, gerade auf diesem Gebiete ihren Einfluß geltend zu machen. Die Reichsfinanzreform hilft gar nichts, so lange in derselben Weise wie bisher fortgewirkt wird. Wie lange soll denn die Tilgung der Reichsschuld dauern, da doch nur eine Tilgungsquote von 2/3 Prozent vorgelesen ist? Nein, ich glaube gar nicht an dem diesbezüglichen guten Willen der Reichsregierung.

Präsident Bildeus rügt diesen Ausdruck. Ist das Geld erst bewilligt, so fängt die Schuldenmacherei aufs neue wieder an. Schon jetzt sind die neuen militärischen Anforderungen fast so hoch, als die voranschreitenden Einnahmen aus den neuen Steuern sein werden. Wenn diesem Zustand ein Ende gemacht werden soll, so müssen direkte Reichssteuern eingeführt werden. Die Matrifikalbeiträge sollten bis dahin ihren beweglichen Charakter behalten und nicht gestundet werden. Dadurch werden sie zu einem Erziehungsmittel für die Finanzminister der Einzelstaaten. Sie würden gezwungen, zu bremsen. Für die Sozialreform und andere Kulturaufgaben ist nie genügend Geld vorhanden. Berlangen wir Feuerungszulagen usw., so kommt man mit der Anrede, es seien dazu keine Mittel vorhanden. Unsere Regierung soll mit uns dafür eintreten, daß im Reiche endlich eine gerechte Besteuerung Platzgreift. Ob das Zentrum hinsichtlich seiner Haltung zu den neuen Steuern sich blickt, muß man erst abwarten. Es handelt sich nicht um die Abweisung einzelner Steuern, sondern um die Bekämpfung des ganzen Systems. Will das Zentrum Minister ausschiffen, so soll es bei dem Finanzminister den Anfang machen. (Geister und Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Becker verliest eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Finanznot des Reiches es nicht zuließe, zum System der direkten Steuer zu greifen; es sei deshalb notwendig, eine weitere Entwicklung der bestehenden Steuern vorzunehmen und zur Einführung neuer Steuern zu greifen. Bei der Anführung neuer Steuern habe man alle Kreise des deutschen Volkes in Betracht gezogen unter möglichster Schonung der minder leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung. Die Regierung erkläre in der Finanzreform eine geeignete Grundlage, um mit dem Reichstag in weitere Verhandlungen einzutreten.

Abg. Vinz (natl.) anerkennt die Notwendigkeit einer Finanzreform, aber das Reich zur Erfüllung seiner nationalen Pflichten neuer Mittel bedürfte, wenn er auch damit nicht sagen wolle, daß diese Mittel nur für militärische Zwecke angewendet würden. Zur Schaffung des notwendigen Mittels innerer wirtschaftlicher Entwicklung sei eine starke Flotte notwendig; darüber seien sich alle Parteien einig, nur die Sozialdemokraten hielten ab, wenn auch unter ihnen schon Männer sich befänden, die auch hier ein besseres Verständnis hätten. Die behauptete Finanzwirtschaft sei auf fränkischen Klüften zu errichten, die einst zur Durchführung der Bismarckschen Reform notwendig war. Er würde es für das Rechte halten, zur Durchführung des Artikel 70 der Reichsverfassung zurückzuführen und das Reich finanziell selbständig und unabhängig von den Einzelstaaten zu stellen.

Auf die einzelnen vorgeschlagenen Steuern wolle er nicht eingehen. Er würde eine Erbschaftsteuer auch für Deshabiten und Erbgüter bei größeren Erbschaften für wünschenswert halten. Von der Biersteuer wird Waden nicht betroffen, wenn auch der Staat ein höheres Auerum von anderthalb Millionen Mark zu bezahlen habe. Erfreulich sei, daß durch alle Bestrebungen eine Vermehrung der etatmäßigen Stellen vorzunehmen; es müsse ins Auge gefaßt werden, daß auch für die unteren Stellen die Entlohnung ins Auge gefaßt werde, wie dieser Gedanke von den Ständen auf das glänzendste zur Durchführung gelangte. Was die indirekten Steuern betreffe, so hoffe er das Aussehen der Reichssteuer bei Einführung der Vermögenssteuer.

Was die politische Lage des Reiches betreffe, so sei eine Fortsetzung derselben wenig dankbar. Man habe seiner Partei vorgeworfen das sozialistische Vandalismus mit der Sozialdemokratie. Dasselbe sei bei der politischen Lage des Reiches notwendig und gerechtfertigt gewesen. Er hätte geglaubt, daß das Zentrum daraus nicht den Schluß gezogen, daß durch dieses Bündnis ein Nachlassen der nationalen Gesinnung eingetreten. Wenn sie das Bündnis abschließen, so habe sich keine Partei das Zentrum zum Ruffe genommen, das das Bündnis mit der Sozialdemokratie wiederholt gekündigt, gewünscht und gefunden. Das Resultat sei herbeigeführt worden durch die Gefahr, das Zentrum an erste Stelle rufen zu sehen, was mit einem Abbruch der ruhmvollen Geschichte des badischen Volkes gleich zu achten sei. Für die gesunde Weiterentwicklung unseres Landes sei das Bündnis notwendig gewesen und hätten wir nicht alles aufgegeben, dann hätten wir unsere Pflicht vor dem Lande, vor der Vergangenheit nicht getan. Die Gefahr der Vorherrschaft der konfessionellen und rassistischen Zentrumspartei sei glänzlich vermieden worden. Das badische Volk habe sich vor Augen zu stellen, wofür es leuere, wenn die Konfessionen auch als politische Gebilde sich gegenüberstehen, um die politische Macht zu stärken.

Seine Partei habe wiederholt programmatisch erklärt, daß sie die religiöse Gesinnung jedes Einzelnen in Vertretung der Gewissensfreiheit hoch adere. Der Liberalismus sei deshalb auch vollkommen auf christlicher Weltanschauung. Er würde seiner Partei nicht mehr angehören, wenn in derselben wahrhaft christliche Männer keinen Platz hätten. Redner greift auf den letzten Wahlkampf zurück und kritisiert das Verhalten der Zentrumspresse als ein vielfach geradezu standalöses; auch hierin liege Scham; es soll die Gefahr für das Zentrum vermieden werden, daß das Volk aufgefährt und aus seiner Zentrumseinstellung wieder herausgerückt werde. Wenn die Sozialdemokratie Politik gemacht hätte, dann müde er die Angriffsfront erst kennen lernen. Diese Sozialdemokratie übertrifft alles, was um mit Wader zu reden, in unserer Sprache an überhöhten geleistet worden sei. Solche Reinkulturen ultramontaner Historie wären allerdings nicht an das Volk gekommen, wenn man durch Gewährung der Klöster dem Zentrum entgegengekommen. Des Geistes sind das Zentrum sei, gebe aus dem Volksmittel des stolzen Schofer her vor. Wir haben aber Vertrauen zu der liberalen Tradition des Landes und den Kampf gegen das Zentrum ausgenommen in Verbindung mit der Sozialdemokratie, gegen das Zentrum, das sich ja seitdem Herzens mit der Sozialdemokratie zu ammenfinden bei verschiedenen Wahlen. Wir haben dabei nicht erwogen, ob wir irgendwo anlösen; wir haben die Regierung nicht gefragt, sondern bei uns beraten, was die politische Situation erfordert. Diese Auffassung der politischen Situation hat in allen Schichten der Bevölkerung gute Aufnahme gefunden. Und hätten wir nicht gehandelt, wie wir es getan, so hätten wir in der Tat uns als unfähige Politiker erwiesen.

Es ist nicht wahr, daß man Zentrumsmann sein müsse, um ein guter Katholik zu sein. Nur mit den ultramontanen Machtmitteln juche das Zentrum die Katholiken auf allen Gebieten abzuhängen. Mit solchen Kämpfen werde der konfessionelle Friede, die Böhlfahrt des Volkes nicht gefördert. Was das direkte Wahlrecht betreffe, so habe es zur Gründung der öffentlichen Angelegenheit geführt, denn niemals habe man sich leichter und zahlreicher an den Wahlen beteiligt, wie bei den letzten Wahlen. Er hoffe und wünsche, daß die Regierung im liberalen Sinne ihres Amtes walde und mit dem Zentrum in Grundfragen das Land verwalte, ohne hin und her zu launieren, dann werde seine Partei diese gern unterstützen zur Förderung der Interessen des Landes.

Präsident Bildeus teilt mit, daß der erste Vizepräsident durch den Tod erlosch worden ist. Seit 1895 war er Vizepräsident der Zweiten Kammer. 1840 geboren, war er seit 1900 Landgerichtsdirektor in Wadsthat. Seit 1879 war er Mitglied dieses Hauses und gehörte er zu den verdientvollsten Mitgliedern des Hauses. Wegen seines Geistes und Charakteres, wegen seines goldenen Humors hatte er keinen persönlichen Gegner in diesem Hause. Wir werden uns in corporo an der Beerdigung beteiligen und an die Witwe ein Beileidstelegramm abgeben. Die Mitglieder erhoben sich von ihren Sitzen.

Nächste Sitzung Montag Nachmittag: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Badische Politik.

Vizepräsident Abg. Land

Ist gestern nach mehrwöchentlicher Krankheit gestorben. Herr Land war eines der ältesten und beliebtesten Mitglieder des badischen Landtags. Als Politiker wie als Mensch hat er sich die Achtung aller, die ihn kannten, erworben. Sein köstlicher Humor kam im Plenum in den letzten Jahren leider nur selten zum Ausdruck. An der Bahre eines solchen Mannes senkt auch der politische Gegner seine Fahne. Mit Herrn Land ist einer von den Zentrumspolitikern aus dem Leben geschieden, die auch im badischen Zentrum anfangen, immer seltener zu werden. Ehre seinem Andenken.

Die Erbschaftsteuer im 39. Bezirk

Ist bereits anberaumt und zwar am Donnerstags, den 15. Februar.

Die Sozialdemokratie wird sofort mit der Agitation einsetzen.

Kanzel und Sozialdemokratie.

Zu den von uns gestern gewürdigten Predigtthemen, die der Minister Schenkel den katholischen Geistlichen coram publico empfahl, sagt der Landeshof:

Wenn die Geistlichen die Politik auf die Kanzel tragen dürfen, dann können wir es der Geistlichkeit nicht verdrücken, wenn sie bei dieser Gelegenheit die Männer und Kandidaten der eigenen Partei in empfehlende Erinnerung bringen; dann geschieht, was wir eben verhindern wollen, daß die Parteipolitik in einem religiös-konfessionellen Mäntelchen zur höheren Ehre der Monarchie und zur äußeren Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Kirche, auf die Kanzel verpflanzt wird. Wenn die Monarchie in der Kirche ihre Verteidiger finden muß, dann ist es um dieselbe beschlimmt; man denke sich den Benefiziaten Dr. Schofer als einen Verteidiger der Monarchie!

Stimmung ganz vortrefflich; nur vergißt der Bad. Landeshof, daß wir wie schon gestern sagten, der moderne Staat sich noch immer auf die Kirche anlehnt, wenn es den freireligiösen Bestrebungen an den Stragen ging. Poligeistigt und religiöse Orthodoxie waren schon immer verdrängert. Und schließlich muß Herr Schenkel ja am allerbesten wissen, wie hoch die Hilfsbedürftigkeit der Monarchie einzuschätzen ist.

Harbverweser Mühle

erläßt im Bad. Beobachter mit Namensunterschrift eine bombastische Erklärung, in welcher er die vom Abg. Kolb in der 17. Sitzung der Zweiten Kammer vorgebrachten Behauptungen über die wahlqualitative Tätigkeit Mühles in Abrede stellt. Herr Mühle wird es nach verschiedenen neuerlichen Vorgängen begreiflich finden, wenn ich seinen Versicherungen gegenüber festlich bin und mir porerri vorbehalte, nähere Erklärungen einzugeben. Auch der Herr von Wörth hat Dinge in Abrede gestellt, die nachher zugehendlich als durchaus wahr sich erwiesen haben. Auf die übrigen persönlichen Darlegungen seiner Wichtigkeit des Herrn Mühle habe ich keine Urteile, einzugeben. Was Herr Mühle persönlich über mich denkt, ist mir so gleichgültig, wie nur irgend etwas in der Welt. Die Wichtigkeit dieses kleinen politischen Gernegroß kann mir nicht imponieren. W. Kolb.

Ein katholischer Geistlicher als Anhänger der Krügelstraße.

Die Mann. Volksst. schreibt: Der katholische Kaplan Bommel geht in seinem Fanatismus so weit, nicht nur dem Gebote des Stilles der christlichen Religion zuwiderzuhandeln, sondern auch das badische Schulgesetz mit Füßen zu treten. Nach dem Elementarschulgesetz besteht für die Schulkinder wohl die Verpflichtung, den entsprechenden Religionsunterricht zu besuchen, nicht aber, daß sie in die Kirche müssen. Für Bommel existiert diese Bestimmung nicht; er mißhandelt einfach diejenigen Kinder, welche nicht oft genug in die Kirche gehen. Am Mittwoch Vormittag kam er in die Volksschule zu Manheim und fand da einen Jungen der

4. Klasse, der in letzter Zeit nicht in der Kirche war. Wenn in irgend einem Falle dies einer Entschuldigung bedürfte, so wäre diese hier gegeben. Der Knabe fiel vor etwa zwei Jahren in den Neckar und wurde von einem gewissen Franz Nagel unter Einwirkung des eigenen Lebens gerettet. Seit dieser Zeit kränkelte der Junge; er ist fast beständig heiser und zu Keuchhusten disponiert. Allein im letzten Jahre war er wegen Krankheit etwa 13 Wochen nicht in der Schule.

Es ist begreiflich, daß die Eltern unter solchen Umständen ihr Kind bei ungefunder Witterung nicht in die Kirche schicken, Grund genug für Bommel, den schwächlichen Jungen in rohester Weise zu züchtigen. Er legte den Knaben über den Stuhl und verpackte denselben mit einem meterlangen Stoch ca. 15 Stiebe auf das Gesicht, daß dieses mit blutroten Striemen bedeckt ist, so daß der Junge bei der leisesten Berührung von Schmerz aufschreit; auch die eine Hand ist von den darauf erhaltenen Schlägen bis angedrückt.

Gegen Bommel ist bereits Anzeige erstattet.

Überbürgermeister Dr. Günner hat sich soweit erhalt, daß er eine Reise nach Berlin antreten konnte, wo er einen längeren Erholungsurlaub bei seiner Tochter zu nehmen beabsichtigt.

Der Verband badischer Zimmermeister befaßt sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit der neuen Landesbauordnung. Die Redner traten lebhaft für den Holztreppenaufbau ein, der im Interesse der Feuericherheit gelegen und für das Zimmerhandwerk eine Lebensfrage sei. Weiter wurde eine Eingabe an das große Ministerium der Finanzen und die Landräthe wegen Aufstellung der Kollisionsanträge für Zimmerarbeiten beschlossen, dahingehend, daß jede Eingelassung getrennt aufgeführt wird und das Letztere und Abbinden nach dem Landesmeter erfolgen solle.

Nach längerer Debatte wurde auch dem Entwurf eines einheitlichen Lohn- und Arbeitsvertrages für das Zimmergewerbe in Baden zugestimmt. In dem letzteren Punkte werden auch die Gesellen ein wenig mitzuzprechen haben.

Deutsche Politik.

Der Kaiser als Gutsheer

wird nunmehr ein stehendes Kapitel der bürgerlichen Presse geben. Sie hat schon seit Jahren des Kaisers Wort, „die Schweinefälle dürften nicht besser wie die Arbeiterwohnungen sein“, das er bei seinem ersten Besuche auf dem ihm geschenkten preussischen Gute Cadinen gesprochen haben soll, in allen Tonarten variiert, um das warme Herz des Kaisers für die Arbeiter darzutun, während doch damit nur illustriert ist, wie elend die Zustände in Cadinen gewesen sein müssen, daß sie selbst dem Kaiser aufwießen, wiewohl man sich doch sicherlich Mühe gegeben haben wird, dem Kaiser ein möglichst freundliches Bild zu bieten.

Und Cadinen stand sicherlich nicht unter dem Durchschneit der anderen Güter der Provinz. Und ebensovienig stand das Kaiserpaar seit dieser Zeit hinter jenen Gütern sicherlich nicht zurück hinsichtlich der Höhe und sonstigen Arbeitsbedingungen der Arbeiter, wie überhaupt in bezug auf deren soziale Lage. Wir müssen aber diese Verhältnisse wirklich anschauen, wenn der Kaiser sich veranlaßt gefühlt hat, Bestimmungen zu treffen, nach denen eine Betriebskrankenkasse auf Cadinen errichtet werde, die ungefähr das bieten wird, was eine bessere Ortskrankenkasse, ferner Gnadenpension, kostenfreie Feuerversicherung, eine Sparkasse, zu der der Kaiser beisteuert, sowie Extra-Gratifikation zu besonderen Anlässen.

Aus dem Umstand, daß der offizielle Telegraph den Erlaß in seinem ganzen Wortlaut schleunigst in alle Welt beschleunigt mußte, kann man entnehmen, welche Lobeshymnen in der bürgerlichen Presse folgen werden. In Wirklichkeit aber ist damit nur bewiesen, wie richtig die Forderung der Sozialdemokratie ist, die Landarbeiter in jeder Hinsicht den gewerblichen Arbeitern gleichzustellen, auch die Versicherungsangelegenheit erheblich zu verbessern. Aber da sträubten sich die Kammer und die Minister, die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers verteidigen die Haltung der mit ihnen bepflichten oder geistesverwandten Junker.

Notiztafel. Der Kaiser hat englischen Mättern zufolge dem englischen Ehrenkonsul in Ballance den Kronenorden 3. Klasse verliehen, weshalb sie vernehmen, daß der Spezialist in Berlin gewesen sei zur Konsultation betr. das linke Ohr des Kaisers. — Die Alters- und Invalidenrenten, am 1. Januar 1900 500 Mk. werden sich im laufenden Jahre um 87 400 Mk. vermindern, dagegen um circa 140 000 Mk. voraussichtlich Zugang haben, von denen wieder ein Abgang von circa 15 000 Mk. erwartet wird. — Das internationale Verbrechenverbot in Swatop und (Tschad-Schwabenland) macht sich jetzt so breit, daß sogar der Distrikts-Polizeichef Dr. Bongard am Abend des 18. Dezember einem wußtverbreiteten Worderverlauf soll zum Opfer gefallen wäre; er hatte in den vorhergehenden Tagen einige Spielhölzer ausgehoben. — Eine Interpellation der Verammlungen verlor am 21.-23. Januar bei Genosse Goltstein als einziger Sozialdemokrat im schärfsten Kampf dort eingebracht. — Fünf Eingeborene gehängt wurden in Dar-es-Salaam (Tschad-Schwabenland), weil sie an dem Aufstand teilgenommen hatten.

Ausland.

Allgemeines.

Schweden. Ein Gesetzesentwurf sieht 6 Beamte vor, die, jeder in einem bestimmten Bezirk, bei Streiks und Aussperrungen vermitteln sollen.

Oesterreich. Die Vorschläge der Merikalen und Christlich-Sozialen, die Sehaftigkeit als Vorbedingung des Wahlrechts zu verlängern und die Wahlreform damit zu verschlechtern, beabsichtigen, die Grazer Arbeiter mit einem Massenanstreit aus der katholischen Kirche zu beantworten, da sie es satt haben, immer wieder im Namen der Religion ihrer Rechte beraubt zu werden.

Dänemark. Ein Gesetzesentwurf steht zur Beratung, der die Reglementierung der Prostitution abschaffen soll.

Sozialdemokratie.

Ungarn. In Remethrona wurden die sieben sozialdemokratischen Kandidaten in den Gemeinderat gewählt; sie erhielten 98 von 128 Stimmen.

Schweiz. Gegen den Militarismus wenden sich mehrere Anträge aus außerordentlichen Parteitag, 3. B. gegen die Verwendung von Militär bei Streik; in solchem Falle sollte die Arbeitermehrheit den Gehoriam betweigern, auch soll im Nationalrat bis zur Aenderung dieses Zustandes gegen das Militärbudget gestimmt werden. — In Freiburg erscheint ein neues Parteiorgan unter dem Titel „Aurore“.

Italien. Das Agitationskomitee veröffentlicht ein Manifest zur Eringung des allgemeinen Wahlrechts.

Aus der Partei.

Mittwoch, 31. Jan. Am Sonntag, den 4. Februar nachmittags halb 4 Uhr, findet in der Restauration Friedrichstraße eine öffentliche Sängerverammlung zu der die Parteigenossen und Sangesfreunde von um zahlreichen Erscheinungen gebeten werden.

Mittwoch, 31. Jan. Am Sonntag, den 3. Februar abends halb 9 Uhr, findet im Saale des Galtens in Löwen Restauration des Schauspielers E. Waller in Berlin über das verloren Paradies, Schauspiel in 2 Akten, statt. Der Eintrittspreis beträgt 1. Platz 2. Platz 30 Pf. Restauration findet keine statt. Am 2. Akt ist 20 Minuten Pause. In Anbetracht der daß die Darstellungen des Schauspielers Waller rühmt sind, hoffen auch wir, der Arbeiterpartei einen geschäftlichen Abend zu bereiten und erwarten die Darstellung zahlreich besucht wird.

Lichtbildvorträge über Rußland.

Heute spricht Genosse Brenne in Daglan, am 3. ds. in Böslingen. Aus Offenbach ergoht folgende Aufforderung: Mittwoch, 7. ds., findet um halb 9 Uhr abends im Kopschalle der Lichtbildvortrag über die Revolution in Rußland statt. Bei dem interessanten Thema ein zahlreicher Besuch wünschenswert.

Reichstag.

31. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 31. Jan.

Beratung des Tolerananztrages.

Abg. Hoffmann (Soz.) führte unter anderem noch aus:

Dem Zentrum traue wir mit seiner Toleranz nicht, es will selbst eine Toleranz gar nicht (Widerpruch im Zentrum.) Sie scheuen nicht mal dabei zurück, Leute mit angelegenen Händen zu beleidigen und zu beschimpfen, wenn sie sagen, was Ihnen nicht in den Kram paßt, dem bekannten Thoma-Prozess hat man ja schon dem Professor Jorel des Weinrebes verdächtigt, er sich vor Gericht öffentlich als religiöser Feind gezeigt. Uebrigens erinnere ich an den Herrn Gaifer in Radibich, der verurteilt hat, in dem Strafprozess durch einen Brief die Zeugen in die Aussage zu beeinflussen. In Rippingen hat Herrler sich sogar gemeldet, einer Frau die Elemente zu spenden, weil nicht sie selbst, sondern Mann eine liberale Zeitung austrug. In Berlin hat man in der Herz Jesu Gemeinde trotz des verschiedenen Widerpruches beider Eltern, allerorts auf Veranlassung der Großmutter, ein Dillbrot find katholisch taufen lassen. Es ist in der höchsten Zeit, daß diesem pfarrherrlichen Fleppertum ein Ende gemacht wird. Die evangelischen Pastoren treiben es allerdings auch nicht besser. Zu Bremen haben eine ganze Anzahl Kinder zum zweitenmal getauft werden müssen weil die bei der ersten Taufe gebrauchte Taufwaasser als unzulässig festgestellt worden war. Nun von diesen Kindern inzwischen mehrere verstorben Da wird wohl dem lieben Gott, wenn er sie über den Himmel aufgenommen haben sollte, nur weiter übrig bleiben, als sein Urteil schleunigst revidieren.

Und da wollen Sie (zum Zentrum) uns zum an Ihre Toleranz zu glauben? Wie tolerant sind, das beweist Ihre Haltung in der Reichstagsfrage. Ein Zentrumsgesandter, der Abg. G. ist es gewesen, hat einmal den Ausdruck Sozialdemokraten gehören auf den Schindenschnabel vom dogmatischen Standpunkte aus gegen die Reicherverbrennung einzunehmen werden alle Katholiken, die es wagen, sich auch theoretisch dafür auszusprechen, unarmherzig bann und Mät getan.

Abg. Stöcker (kons.) empfiehlt dem Zentrum Toleranzantrag in Bayern durchzuführen, er könnte die übrigen Staaten folgen. Eine Führung des Antrages für das Reich sei unmöglich.

Abg. Fürtz (natl.) wünscht für die Katholiken in den polnischen Landesstellen die Freiheit in der Religionsausübung.

Abg. v. Gerlach (frei, Ber.) wünscht die Annahme des Antrages nicht um des Zentrums, denn um der Freiheit willen.

Abg. Diez (Zentr.) wirft der Sozialdemokratentoleranz schlimmster Art vor. Wenn der Hoffmann (Soz.) von Darwinismus spricht, so sind den Affen für seinen Urgrößerer hält, so wir wir uns nicht in seine Familienangelegenheiten (Stürmische Geister!) Auf protestantischer Seite gebe es auch Intoleranz, wie sie den Katholiken nachgelegt wird.

Abg. Müller-Meinungen (frei Bp.): Die Abg. Diez beliebt klampfwiesig illustrieren, besten seine Intoleranz. Er bittet, den ganzen Teil des Antrages in der Verfertigung beschleunigt zu lassen.

Nach weiterer Debatte und dem Schlußwort Abg. Söbgn (Zentr.) wird der Antrag auf Kommissionsverweisung abgelehnt.

Donnerstag: Zweite Beratung des Etats Reichstags und des Reichsamts des Innern.

(32. Sitzung.)

Berlin, 1. Feb.

Es wurde zunächst der Etat des Reichstags in zweiter Lesung erledigt. Nach kurzer Debatte in der beabsichtigte für die Reichstagsmitglieder wichtige Anregungen gegeben, auch Bessertungen von Stenographen und Dienern gewünscht wurde der Etat genehmigt.

Von allgemeinem Interesse dürfte nur sein, der freireiservative Abg. Arendt nicht nur die Bilder, sondern auch eine bessere Relation und der nationalliberale Graf Debatte die Anstellung eines Tricieurs wünscht. Ob ihre Reden besser werden, wenn die Reichstags erfüllt sein werden?

(Schluß folgt.)

Gewerkshafliche Arbeiterbewegung.

n. Konstant, 30. Jan. Den Gletscher durch Vergleich der Parteien zu denken, ist dem Gewerkegericht als Einigungsamt nicht gelungen. Gericht hätte einen Schiedspruch, der im wesentlichen eine Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne um Prozent, im Winter um weitere 5 Proz. vorläufig bestimmt, daß alle Arbeiten nur im Stundenlohn zu führen seien, ferner für Lieberstunden 25 bezug. auf die Lohn- und auswärtige Arbeit Zuschläge vorzusehen allem aber die Arbeitszeit auf 10 Stunden, für die vom 1. Okt bis 31. März auf 8 Stunden festzusetzen entsprechenden Störungen an gewissen Vorarbeiten.

Der Schiedspruch, den wir übrigens morgen im genauen Wortlaut veröffentlicht werden, ist Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Der Schiedspruch hat die Arbeiterpartei in die Lage versetzt, die Gläser gegen ihren Streik zu schütten.

Luzug ist verzweifelt!

